

## Gemeinsame Pressemitteilung des Staatlichen Schulamts Tübingen, der Universitätsstadt Tübingen und der Gemeinden Ammerbuch, Dettenhausen, Kirchentellinsfurt und Kusterdingen

### Schulstruktur in der Raumschaft Tübingen steht

Die Universitätsstadt Tübingen war aktiv und beantragte beim Staatlichen Schulamt Tübingen den Prozess der Regionalen Schulentwicklung.

So fand am Mittwoch, dem 21. Mai 2014, in den Räumen des Schulamts die erste Sitzung der beteiligten Schulträger statt. Eingeladen waren neben Tübingen die Vertreterinnen und Vertreter aus Ammerbuch, Dettenhausen, Kirchentellinsfurt und Kusterdingen sowie Vertreter des Landratsamtes Tübingen.

Man war sich einig, dass es binnen kürzester Zeit gelungen sei, eine neue, tragfähige Schulstruktur aufzubauen. Kern der Veränderungen sei der Niedergang der Hauptschulen gewesen. Das führte einerseits zur Schließung von Standorten – andererseits mit der Gründung von Gemeinschaftsschulen zu einem neuen und zukunftsfähigen schulischen Angebot.

Im Mittelpunkt der Gespräche stand zunächst der kürzlich von Tübingen vorgestellte Schulentwicklungsbericht „Schulen in Tübingen – Wege, Chancen, Perspektiven“. Christine Vollmer, Leiterin der Fachabteilung Schule und Sport, stellte die Zahlen vor und erläuterte die Hintergründe.

Alle Beteiligten waren sich einig, dass das Angebot an Schulräumen für die Raumschaft ausreichen wird und zur Zeit noch genügend Aufnahmekapazität für unvorhersehbare Entwicklungen besteht.

Für die auslaufende Werkrealschule gibt es im Steinlachtal in zumutbarer Entfernung liegende Alternativen, obgleich es bei der diesjährigen Schüleranmeldung keine Anfragen wegen Werkrealschulangeboten in der Raumschaft Tübingen gab. Die Gemeinschaftsschule scheint diesen Bedarf komplett abdecken zu können.

Zudem waren die Konferenzteilnehmer einig, dass hinsichtlich der Fortführung der Gemeinschaftsschule in der gymnasialen Oberstufe eine Kooperation mit den beruflichen G9-Gymnasien des Landkreises anzustreben sei. Das Schulamt wurde beauftragt entsprechende Gespräche mit den Schulen zu führen und diese auch konzeptionell zu begleiten.

Angesprochen wurde auch das Thema „Inklusion“. Roland Hocker, Leiter des Staatlichen Schulamts, berichtete von der aktuellen Praxis im Schulamtsbezirk. Derzeit stößt das Schulamt an die Grenzen des Machbaren, weswegen eine politische Lösung immer dringender wird. Auch hier waren sich die Teilnehmer einig, dass dieses Thema sowie die Zukunft der Sonderschulen im Rahmen des Prozesses der regionalen Schulentwicklung zu bearbeiten sein wird.

Mit dem Prozess der Moderation zeigten sich alle Verantwortlichen zufrieden. Das vorgehaltene schulische Angebot bietet alle Abschlüsse des baden-württembergischen Schulsystems. Dabei erhalten die Bürgerinnen und Bürger der Region nicht nur die Möglichkeit zwischen verschiedenen Abschlüssen zu wählen, sondern auch zwischen den Profilen unterschiedlicher Schulen. Ganz besonders gewürdigt wurde, dass zu dem Regelangebot des G8-Bildungsganges am Gymnasium nun eine G9-Variante an der Gemeinschaftsschule tritt.

Das Staatliche Schulamt wird die Vertreter der Gemeinden zu weiteren Gesprächen einladen, sobald zum Thema „Inklusion“ die angekündigten Beschlüsse des Landes vorliegen.